



26.03.2018

Frau Bezirksbürgermeisterin
im Stadtbezirk Mitte
Cornelia Kupsch o. V. i. A.
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten
Trammplatz 2
R a t h a u s
30159 Hannover
E-Mail: 18.62.01@Hannover-Stadt.de

| |
|--|
| Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten |
| 26. MRZ. 2018 |
| 01 12:04 P |

Drucksache Nr. 15-0756/2018

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt
Hannover zur DS 0297/2018 in die Bezirksratssitzung am
16.04.2018

Thema: Maßnahmen aus dem GIB-Programm zurückstellen

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Drucksache wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die im aktuellen GIB-Programm vorgesehenen
Grunderneuerungen von Straßen im Stadtbezirk Mitte zurückzustellen.

Eine geplante Änderung der Grundsteuer, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, würde die
Möglichkeit bieten, die Kosten der Grundsanierung über die Grundsteuer auf eine
breitere Basis umzulegen. Fehler bei der Klassifizierung von Straßen oder aber auch
vernachlässigte laufende Instandhaltungen, lassen Betroffene immer wieder an der
Richtigkeit der umgelegten Beiträge der STRABS zweifeln.

Begründung:

Die Straßenausbaubeitragssatzung ist unsozial, ungerecht und mitunter
existenzgefährdend. Es gibt derartige Satzungen gegenwärtig in rund zwei Drittel der
niedersächsischen Gemeinden.

Letztendlich muss aber jede Kommune ihre Straßen selbst unterhalten. Ob das
Heranziehen der Grundeigentümer, mit nicht selten fünfstelligen Summen, ein tragbares
Vorgehen ist, kann bezweifelt werden. Der Fehler liegt schon in der Satzung, welche
von Beiträgen spricht. Es handelt sich aber um Gebühren, denn Beiträge werden nur
erhoben, wenn eine Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer Leistung besteht.
Zur Nutzung einer Straße gibt es aber gemäß Straßenverkehrsordnung keine
Alternative und somit keine „andere Möglichkeit“ (fehlendes Wahlrecht).

Im Koalitionsvertrag gibt es das klare Bekenntnis zur Reformierung der Grundsteuer.
Hier bietet sich die Möglichkeit, die ungeliebte STRABS endlich abzuschaffen und zu
einer gerechteren Kostenverteilung zu kommen.



Martin Hoffmann
Fraktionsvorsitzender